

aerzteblatt.de

Ärzteschaft

Hausärzte fordern schnelle Reformen zur Sicherung der Versorgung

23. April 2018

/rocketclips, stock.adobe.com

Westerland/Berlin – Schnelle Reformen bei der hausärztlichen Versorgung fordert der Deutsche Hausärzteverband. „Nachdem die Bildung einer neuen Bundesregierung ein knappes halbes Jahr gebraucht hat, darf jetzt keine Zeit mehr verloren werden“, sagte Ulrich Weigeldt, Bundesvorsitzender des Deutschen Hausärzteverbandes, zum Auftakt der Frühjahrstagung des Verbandes in Westerland/Sylt. Noch in diesem Jahr müssen die wichtigsten Reformen für die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in die Wege geleitet werden.

Grundsätzlich enthalte der Koalitionsvertrag positive Botschaften für die hausärztliche Versorgung, wie die Bestätigung des Masterplans Medizinstudium 2020, das Bekenntnis zur Stärkung der Allgemeinmedizin und zur flächendeckenden hausärztlichen Versorgung. Die hausärztlichen Leistungen und die „sprechende Medizin“ sollten laut CDU/CSU und SPD besser vergütet werden.

Es muss konkreter werden

„Das sind zwar löbliche, aber dennoch zunächst noch wenig konkrete Aussagen. Ich mag es ja kaum noch sagen, aber es ist halt so: Uns Hausärzten wird landauf landab so viel schulterklopfende Wertschätzung zuteil, dass unsere Schultern schon weh tun. Wenn es aber um die konkrete Unterstützung der hausärztlichen Versorgung geht, haben wir dann immer sehr zu kämpfen“, so Weigeldt.

Er forderte daher, den Masterplan Medizinstudium 2020 zügig umzusetzen. „Die Stärkung der Allgemeinmedizin und der hausärztlichen Versorgung im Medizinstudium ist der Hebel, um den hausärztlichen Nachwuchsmangel in den Griff zu bekommen“, sagte Weigeldt. Er bezeichnete es als Skandal, dass sich viele Universitäten bis heute weigerten, die Vorgaben der Politik umzusetzen. „Das Thema muss noch in diesem Jahr geklärt werden. Ohne diese Reform wird die Sicherstellung der Versorgung in strukturschwachen und ländlichen Gebieten kaum möglich sein“, mahnte der Hausärztechef.

Thomas Maurer, Vorsitzender des Hausärzteverbandes Schleswig-Holstein, betonte, dass gerade ländlich geprägte Flächenländer wie Schleswig-Holstein in den nächsten Jahren vor enormen Herausforderungen stünden. „Es bringt nichts, die Augen vor der Realität zu

verschließen: Knapp jeder Kollege steht kurz vor der Rente. Gleichzeitig steigt der Bedarf, vor allem natürlich durch den demografischen Wandel. Die Patienten haben Sorge, dass sie bald ohne Hausarzt dastehen. Für viele Bürgermeister und Landräte ist daher die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung inzwischen eine der dringlichsten Herausforderungen“, so Maurer.

zum Thema

- Bericht zur Lage von Ulrich Weigeldt

aerzteblatt.de

- **Ärztestatistik:** Mehr Ärzte, Trend zur Anstellung
- **Allgemeinmedizin:** Hausärzterverband unterstützt Quereinsteiger

Weigeldt forderte ein Konzept, wie die im Koalitionsvertrag beschlossene bessere Vergütung der Hausärzte, insbesondere in drohend unterversorgten Gebieten, konkret umgesetzt werden soll. „Wenn die Politik hier keine glasklaren Vorgaben macht, dann befürchte ich, dass diese gut gemeinten Impulse wieder einmal in den Mühlen der Selbstverwaltung zermahlen werden“, sagte der Verbandsvorsitzende.

Zustimmung erhielt er dazu von Schleswig-Holsteins Gesundheitsminister Heiner Garg (FDP). „Wer Ärzte für eine gute Versorgung in allen Regionen gewinnen will, der muss für attraktive Rahmenbedingungen der Berufsausübung sorgen“, sagte der Minister auf dem Treffen. Dazu gehöre unter anderem der dringend gebotene Einstieg in die Endbudgetierung im niedergelassenen Bereich, so Garg. Der Minister warb für einen flexibleren Mix bewährter und neuer Formen der Berufsausübung und unterstrich dabei insbesondere die Möglichkeiten neuer Versorgungsmodelle.

Weigeldt nannte außerdem die zügige Umsetzung einer Digitalisierung, die den Alltag für Patienten und Ärzte spürbar erleichtert, als eine der wichtigsten Herausforderungen der kommenden Jahre. Diese sollte sich laut dem Deutschen Hausärzterverband auch in weniger Bürokratie niederschlagen: „Was junge Kollegen häufig von einer Niederlassung abhält und was auch uns erfahrene Praxisbetreiber immer wieder verzweifeln lässt, ist der Bürokratiewahnsinn“, sagte Meurer.

© hil/aerzteblatt.de